



Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Josef Seidl** AfD

Versorgungssicherheit in Bayern gewährleisten – Keine weiteren Stilllegungen von grundlastfähigen Kraftwerken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, weitere politisch erzwungene Stilllegungen von grundlastfähigen Kraftwerken in Bayern zu unterlassen. Dazu ist auf allen politischen Ebenen auf eine Streichung des EU-Emissionshandels, der CO₂-Steuer („CO₂-Bepreisung“) sowie des Erneuerbare-Energien-Gesetzes hinzuwirken, weil diese politischen Maßnahmen bzw. Gesetze die Wirtschaftlichkeit von konventionellen Kraftwerken künstlich herabsetzen und Betreiber damit zur Stilllegung zwingen. Weiterhin ist auf Bundesebene gegen den Kohleausstieg vorzugehen.

Begründung:

Die Energiepolitik von Bundes- und Staatsregierung gefährdet den Wirtschaftsstandort Bayern. Deutschland zahlt infolge der gescheiterten Energiewende bereits die höchsten Strompreise weltweit, zusätzlich entstehen aufgrund der politisch erzwungenen Stilllegungen von Kraftwerken zunehmend Versorgungsengpässe. Die Tagesschau meldet, dass Deutschlands Strombedarf im ersten Quartal 2021 zu 60 Prozent über Kernenergie, Kohle- und Gaskraft abgedeckt wurde, wobei Kohle im bisherigen Jahresverlauf der wichtigste Energieträger war.¹ Trotz Investitionen von bislang weit über 200 Mrd. Euro in die sogenannte Energiewende sind konventionelle Kraftwerke also nach wie vor unverzichtbar und müssen unzuverlässige erneuerbare Energien ausgleichen. Die jüngsten Zahlen zur Energieerzeugung beweisen, dass die Versorgung ohne grundlastfähige Kraftwerke nicht darstellbar ist. Weitere politisch erzwungene Kraftwerksstilllegungen, sei es über den Kohleausstieg oder über eine künstlich herabgesetzte Wirtschaftlichkeit von Kraftwerken, müssen daher unterlassen werden.

Die Staatsregierung geht selbst davon aus, dass Bayern im Jahr 2025 40 bis 50 Prozent des verbrauchten Stroms importieren muss.² Diese Abhängigkeit von Stromimporten stellt eine unzulässige Bedrohung für den Wirtschaftsstandort Bayern dar und wird dem Anspruch eines Industriestandorts nicht gerecht.

¹ <https://www.tagesschau.de/inland/strom-kohle-statt-windkraft-101.html>

² Landtags-Drucksache 17/8655; Seite 36